

müssen gegenüber den Schäden der Umstellungskrise verschwinden. Als schwerer dauernder Schaden wäre es aber zweifellos zu buchen, daß unterdessen Amerika sich während der europäischen Umstellungskrise der überseeischen Absatzmärkte völlig bemächtigen würde, und zugleich wäre zweifellos damit zu rechnen, daß durch einen wirtschaftlichen Vorstoß Amerikas nach Europa ein tödlicher Schlag gegen dessen Industrie geführt werden könnte.

An dem Paneuropagedanken ist nur so viel richtig, daß Deutschland als Industriestaat, dessen Existenzgrundlage in erster Linie seine technischen Leistungen sind, auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern angewiesen ist. Aber unsere Zukunft kann nicht im Zusammenstoß mit den Industriestaaten Westeuropas liegen, sondern nach Ansicht Würzels nur in wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den Agrarländern des Ostens. Er nimmt damit die Ideen wieder auf, die während des Krieges im Jahre 1915 Friedrich Raumann in seinem aufsehenerregenden Buche: „Mitteleuropa“ vertreten hat. Wichtig für eine solche Entwicklung erscheint ihm der Anschluß Osteuropas. Nur so könnte das jetzt verkrüppelte Wien wieder das deutsche Ausfallstor nach Osten werden und durch Ausnutzung seiner Kenntnis des nahen Ostens und seiner geographischen Lage für uns die Bedeutung eines zweiten Hamburg gewinnen. Mit dem Wegfall der Zollbarrieren zwischen Österreich und Deutschland könnte Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Südflawien in diesen Wirtschaftskreis gezogen werden. Auch die Tschechoslowakei müßte sich, ebenso wie Polen, das sich neben Rußland auf der Pauer seinen zweiten Gegner leisten kann, auf Grund der wirtschaftspolitischen Lage an-

schließen. Für diesen Wirtschaftskörper spricht nach Würzel, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse aller dieser Staaten sich nicht widersprechen. Selbst eine gemeinsame Verkehrssprache, das Deutsche, ist vorhanden, die auch in Belgrad und in Bukarest von fast allen im Wirtschaftskreis stehenden beherrscht wird. Eine gute Brücke für die Anknüpfung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen kann die in den mitteleuropäischen Ländern zerstreute deutsche Diaspora bilden. Dieser Wirtschaftskörper mit einer Bevölkerungszahl von 150 Millionen bei 24 Millionen Quadratkilometer Rauminhalt vermag, mit Ausnahme von Kupfer, Baumwolle und Gummi, den ganzen Rohstoff- und Lebensmittelbedarf selbst zu erzeugen, und er besitzt in der Donau mit ihren Nebenflüssen und den Kanalverbindungen zum Rhein und der Möglichkeit einer Verbindung der Elbe, der Oder und der Weier mit diesem Stromsystem reiche Möglichkeiten billiger und sicherer Verkehrswege.

Anläge zu einer härteren Förderung des mitteleuropäischen Gedankens sind auch bereits vor Würzels Darlegungen vorhanden gewesen. Erinnert sei nur an die Arbeit des Mitteleuropa-Instituts in Dresden. Zweifelloser liegt Deutschlands wirtschaftliche Zukunft nicht in der Panuropa-Illusion, sondern in der engeren Verbindung mit dem Osten. Aber auch der Ausbau dieser Beziehungen wird nur langsam und in organischer Entwicklung vor sich gehen können. Das erfordert schon die Rückkehr auf unsere Landwirtschaft, die durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Agrarstaaten des Ostens natürlich in ihrer Existenz nicht gefährdet werden darf. Deshalb wird die Bildung des mitteleuropäischen Wirtschaftskörpers erst das Ergebnis geduldiger, jahrzehntelanger Bestrebungen werden können.

# Das Zentrum gegen Panzerkreuzer B

## Sozialdemokraten gegen Hilferding - Die Reichstagskritik zum vorliegenden Etat

Berlin, 2. Mai. Am Reichstag führte heute Reichsfinanzminister Dr. Hilferding im weiteren Verlauf seiner Rede folgendes aus:

Der endgültige Finanzausgleich müsse den bewährlichen Faktor im Gemeindefinanzsystem und die Verstärkung der Aufsicht über die Finanzverwaltung der Gemeinden durch Einführung obligatorischer Rechnungsprüfung durch eine von den Gemeinden unabhängige Stelle schaffen.

Der Etat selbst sei auf der Einnahmeseite vorzüglich, auf der Ausgabe seite sparsam aufgestellt. Bei den Steuererhöhungen sei eine wesentliche Verbesserung der Konjunktur nicht in Rechnung gestellt worden. Ein gewisses Risiko liege in den Zöllen, deren Ertrag in hohem Maße vom Ausfall der Ernte abhängig sei. Auf der Ausgabe seite seien von der Konjunkturerweiterung besonders die Kosten für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung bedroht. Welche Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahr zu ergreifen seien, könne im einzelnen noch nicht gesagt werden; sie müßten aber mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, damit nicht durch eine Verschärfung von dieser Seite her eine Gefährdung des Staatsausgleiches eintrete.

Die Befürchtung, daß eine erhebliche Gefährdung des Staatsausgleiches auch von der Ausgestaltung des Eheprogramms drohe, erklärt der Minister für unbegründet.

Das Ausmaß der Hilfe finde seine natürliche Grenze in der Notwendigkeit, den Etat gedeckt zu halten. Die wichtigsten und dringlichsten Maßnahmen eines Hilfsprogrammes seien Umschuldung, Verbesserung, Vorkursförderung, Hebung der Arbeitslage und Steuervergütung. Dafür würden alle verfügbaren Mittel bereitgestellt werden. Aus der großen Zahl der für die

### Ausgabenentwurf

im Reich, den Ländern und den Gemeinden beabsichtigten Maßnahmen erwähnt der Minister folgendes:

Restkennung einer Höchstgrenze, über die hinaus die gesamten Ausgaben nicht steigen dürfen, Verminderung der Zahl der Reichsbehörden durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden, Verschiebung des Personalanwandes, Einschränkung des Doppelpersonals von Bezügen bei Gehalts- und Pensionsempfängern, Anleihe der Besoldung in Reich, Ländern und Gemeinden.

Zur Umsatzsteuer erklärte der Minister, daß darüber Klage geführt werde, daß die Großunternehmungen des Kleinhandels beabsichtigten, die Umsatzsteuer auf ihre Lieferanten abzuwälzen. Er werde prüfen lassen, ob dies nur eine Einzelerscheinung sei oder einen allgemeinen Charakter habe, um dann eventuell mit geeigneten Maßnahmen dagegen vorzugehen.

Nach der Erleichterung der Gewerbesteuerentlastung werde auch die Senkung der direkten Steuern folgen.

Zur Frage der Reichsreform äußerte der Minister sich dahin, daß alle finanziellen Fragen auch mit der Reichsreform zusammenhängen. Hier liege der letzte Schritt vor, der getan werden müsse, wenn die gesamte öffentliche Verwaltung in Deutschland auf den höchsten Leistungsgrad sparsamer und zweckmäßiger Wirtschaft gebracht werden sollte. Alle finanziellen Maßnahmen würden feststehen und unwirksam sein, wenn nicht auch die große Frage der Reichsreform gelöst werde.

Die Ministerrede wurde nur selten durch Zwischenrufe der Sozialdemokraten und Kommunisten unterbrochen. Sie fand am Schluß den Beifall der Regierungsparteien.

### Abg. Vogel (Soj.)

erinnert an die Vorgänge bei der Annahme des Dawesplanes. Wie dieser, so sei

auch der Youngplan nur durch die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen

worden. Die Annahme des Youngplans habe die Bahn freigemacht für die Bildung des Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie. Diesmal seien auch die Demokraten dabei, deren Entwicklung sich in durchaus reaktionärer Richtung vollziehen habe. Die Bürgerblockregierung Brüning habe in der kurzen Zeit ihres Bestehens den Klassenkampf in ausgeprägtester Form gegen die Arbeiterklasse geführt. Die Sozialdemokratie werde dieses Rabinett der sozialen Reaktion aufs schärfste bekämpfen.

### Abg. Erling (Z.)

widerpricht der Behauptung des Vorredners, daß die bürgerlichen Parteien die Große Koalition abschlagen hätten. Tatsächlich habe allein die Sozialdemokratie die Auflösung der letzten Koalition verhindert. Würde das Zentrum im Thüringischen Landtag so hart sein wie die Sozialdemokratie, dann wäre Herr Dr. Fried nicht Innenminister geworden.

Wichtig ist ja auch die Tatsache, daß im roten (?) Freistaat Sachsen eine parlamentarische Regierung so schwer gebildet werden kann.

Würden die Sozialdemokraten bereitwilliger die Verantwortung mit übernehmen, dann könnten die radikalen Richtungen von rechts und links nicht so stark anwachsen, wie es jetzt zu beobachten ist.

Das Rabinett Brüning hat gezeigt, wie durch Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel sehr schnell eine Entscheidung des Parlamentes erreicht werden kann. Das Geschrei der

sozialdemokratischen Presse über die Erhöhung der indirekten Steuern ist nicht ernst zu nehmen.

In den Ländern und Gemeinden mit roter Mehrheit werden die indirekten Steuern viel stärker angepaßt.

Das Zentrum wird seiner Tradition gemäß immer an der Sozialpolitik festhalten. Die Voraussetzung ist aber eine Sanierung der Finanzen. 435 Millionen sind im neuen Etat für die Arbeitslosenfürsorge ausgeworfen. Dadurch ist schon der Vorwurf widerlegt, daß die neue Regierung kein Herz für die Arbeitslosen hätte.

Die unangenehmen Rämpfe um den Panzerkreuzer A haben alle Parteien zu dem Wunsch veranlaßt, daß sich derartige nicht wiederholen möge. Der Reichsratsbeschluss für den Panzerkreuzer B hat uns überrascht. Wir glauben, daß Reichslöcher von so weittragender Bedeutung nur vom Rabinett gelöst werden sollten. Wir lehnen den Reichsratsbeschluss ab, weil wir der Meinung sind, daß angesichts der großen Notlage gegenwärtig andere Ausgaben dringlicher sind.

Andererseits brauchen wir aber Arbeit für die Werkstätten in Kiel und Wilhelmshaven. Wir ersuchen darum die Regierung um baldige Vorlegung eines allgemeinen Marinebauprogramms.

### Abg. Dr. Cremer (DVP.)

wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie das Eiskochgeschichtchen habe. Wenn das Steuerentlastungsprogramm des Finanzministers zur Wirklichkeit werde, dann werde am 1. April nächsten Jahres die Mehrbelastung gegenüber dem 1. Oktober 1929 immer noch 700 Millionen betragen. Das sei nicht die große Finanzreform, die die Deutsche Volkspartei erstrebe. Bei allen diesen Maßnahmen handle es sich nur darum,

einer künftigen organischen Finanzreform die Wege zu bereiten.

Das ungünstige Ergebnis des vorigen Jahres sei nicht, wie die Staatsdenkschrift behauptet, auf die Haltung des Reichstags

zurückzuführen, sondern auf Beschädigungen der Regierung, auf die schlechte Konjunkturerweiterung und die Verzögerung der Reparationsverhandlungen sowie auf die Tatsache, daß man nicht rechtzeitig eine Reform der Arbeitslosenversicherung durchgeführt habe. Durchgreifende Reformen seien hier notwendig. — Weiter müsse eine Überprüfung der Ausgaben geschaffen werden, daß der Reichstag neue Ausgaben beschließen, die mit der notwendigen Sparpolitik nicht zu vereinbaren sind. Die Überweisungen an die Länder seien um rund 170 Millionen höher als im Vorjahre. Es sei falsch, wenn die Länder an steigenden Reichseinnahmen auf jeden Fall teilnehmen, bei sinkenden Reichseinnahmen aber eine bestimmte Summe garantiert erhalten. Dieser Mindestgarantie müsse eine Höchstgarantie gegenübergestellt werden. — Der Vorschlag für den Panzerkreuzer B stimmte der Redner zu. Deutschland müsse die im Verfallenen Vertrag gesetzten Grenzen für seine Landesverteidigung bis aufs Äußerste ausnützen.

Die Weiterberatung wurde darauf auf Sonnabendvormittag 10 Uhr vertagt.

### v. Bülow - Schuberts Nachfolger?

Berlin, 2. Mai. Zu der Nachricht eines Abendblattes, wonach der Leiter der Völkerbundsabteilung im Auswärtigen Amt, Vortragender Legationsrat Bernhard v. Bülow, zum Nachfolger des Staatssekretärs v. Schubert auszuwählen sei, erfahren wir, hierüber liege noch kein Rabinettbeschluss vor; es sei aber damit zu rechnen, daß Herr v. Bülow das Staatssekretariat übernehmen wird. Welches Amt Staatssekretär v. Schubert, der bekanntlich häufig als Nachfolger Dr. Schamers in London genannt wird, dann übernehmen soll, dürfte dagegen nicht feststehen.

Herr v. Bülow, der zur Zeit im Auswärtigen Amt die Völkerbundsangelegenheiten bearbeitet, ist ein Neffe des unlängst verstorbenen Reichskanzlers Fürst Bülow und steht im Alter von 45 Jahren; er würde damit den wichtigsten und verantwortungsvollen Posten des Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten in noch verhältnismäßig jungen Jahren übernehmen. Es heißt, daß sich für die Ernennung des Herrn v. Bülow zum Staatssekretär besonders Reichsankenminister Dr. Curtius eingesetzt habe.

### Volkonservative und Stahlhelm

Berlin, 2. Mai. In dem ehrenrührigen Verfahren gegen die Abg. Schlang-Schöningen, v. Reudell und Treutmann hat das Ehrengericht des Ehren- und Disziplinartribunals beim Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, einstimmig dahin erkannt: Es sind keine Handlungen festzustellen, durch die die Ehre und das Ansehen des Bundes gefährdet werden. Mit diesem Beschlusse sind die Anträge erledigt, die auf einen Ausschluß der genannten Abgeordneten wegen ihres Austritts aus der Deutschnationalen Volkspartei abzielten, indem sie den Herren Worbrich wegen Nichtüberlegung des Mandates vorwarfen.

### Birth „verzichtet“ auf Aufhebung des Stahlhelmsverbots

Berlin, 2. Mai. Der Reichsminister des Innern hat dem preussischen Ministerpräsidenten und dem preussischen Innenminister mitgeteilt, daß er auf die für den 9. Mai in Aussicht genommene Besprechung über die eventuelle Aufhebung des Stahlhelmsverbots für Rheinland und Westfalen verzichtet. Reichsinnenminister Dr. Birth begründet diesen Verzicht u. a. mit einer Rede des Stahlhelmführers Dürker in Magdeburg. Immerhin wäre das Verbot auch ohne den Verzicht Births auf die Besprechung nicht aufgehoben worden, da, wie der „Vorwärts“ betont, die preussische Regierung einschließlich der Zentrumsminister gegen die Aufhebung sind.

Parlamentarische Sensationsmacherei. Ein rheinisches Blatt meldet, daß Reichsminister Treutmann und die Abgeordneten Wallraf, Rönne, Behrens und Wunn für die nächsten Reichstagswahlen auf die Reichsliste des Zentrums übernommen werden sollen. Von unrichtiger Seite wird erklärt, daß diese Meldung falsch ist.

# Sonnabend Urteilspruch im „Falke“-Prozess

## Schlussworte der Angeklagten

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Hamburg, 2. Mai. Rechtsanwalt Dr. Levi setzt seine Verteidigungsrede fort. Er legt Sympathieuntersuchungen von Kapitän vor, die auf den Ton gestimmt sind: Aber Rippitt, warum will man dich ins Justizhaus stecken, wo du doch nichts anderes tatest, als was viele deiner Kollegen immer wieder tun, nämlich Waffen und Munition transportieren. Weiter befaßt sich Dr. Levi mit den Vorgängen im Büro des Reichs der Kapitäne, die daraus hindeuten, daß Rippitt sich vorher eingehend erkundigt hat und daß maßgebende Stellen nichts Bedenkliches bei dem geplanten Unternehmen fanden. Es ist eine Unmöglichkeit, auch nur den Gedanken zu lassen, die Angeklagten könnten verurteilt werden.

Rechtsanwalt Dr. Bachmann plädierte für Prenzlau und Aramark. Er sagt: Ich denke nicht daran, etwa einen der Zeugen des Meineids bestrafen zu wollen. Bei der engen fändigen Verbindung von Seefleuten, die ihr Garn spinnen, wie der Jäger sein Felslein spricht, ist es ganz selbstverständlich, daß Erlebnis und Phantasie sich aufs innigste vermischen. Prenzlau & Co. haben die Geschäfte erst aufgenommen, als sie sich ihrer Gesetzmäßigkeit versichert hatten.

In der Gegenrede führte StA. Rose aus: Einspruch erheben muß ich gegen den Vorwurf, ich hätte nur aus politischen Rücksichten die Anklage noch aufrecht. Politik muß aus diesem Prozeß herausbleiben. Ich halte meinen Antrag mit voller innerer Überzeugung aufrecht.

Dann erheben die Angeklagten das letzte Wort. Angekl. Prenzlau: Auf den furchtbaren Antrag der Staatsanwaltschaft kann ich nur sagen, daß ich mich unschuldig fühle. Angekl. Aramark: Ich habe nie daran gedacht, daß jemand in Gefahr kommen könnte. Angekl. Rippitt: Ich war bis zum letzten Augenblick Kommandant. Wir sind unschuldig an allem.

Das Urteil wird am Sonnabend mittag gefällt werden.

## Gefängnisstrafen im Pfadfinderprozeß

Bromberg, 2. Mai. In dem Prozeß gegen die deutschen Pfadfinder in Pomerellen wurde am Freitag das Urteil gefällt. Es lautet gegen den angeklagten Studienrat Dr. Burckard wegen Geheimbündelei und verurteilter Espionage auf ein Jahr Gefängnis, Jugendpfleger Wiele wegen Geheimbündelei auf drei Monate Gefängnis und wegen Fahvergehens auf 1200 Mark Geldstrafe, Elektromonteur Preuß wegen Geheimbündelei auf drei Monate Gefängnis und wegen Fahvergehens auf 800 Mark Geldstrafe. Der vierte Angeklagte, Landwirt Burow, wurde freigesprochen. Während der ganzen Dauer der Verhandlungen blieb die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

## Dittler spricht in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Mai. Die Nationalsozialisten veranstalteten heute abend im Berliner Sportpalast eine Massendemonstration, bei der der Parteiführer Adolf Dittler sprach. Schon in den Nachmittagsstunden strömten große Menschenmassen dem Sportpalast zu, wurden aber hier auf eine harte Probe gestellt, da erst kurz vor 6.30 Uhr, zwei Stunden vor Beginn der Demonstration, Einlaß gewährt wurde. Bereits gegen 7 Uhr war der Sportpalast bis auf den letzten Platz gefüllt. Etwa 15000 Menschen hatten sich versammelt. Neben der Rednertribüne sah man unter den Demonstrationsteilnehmern nationalsozialistische Abgeordnete der Reichstags- und Landtagsfraktionen, den 80jährigen General Fismann, den Prinzen August Wilhelm v. Preußen usw. Nach einer kurzen Begrüßung durch Dr. Göttschell sprach Adolf Dittler über die einzelnen Phasen der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung. Mit dem Gesang eines nationalsozialistischen Kampfliedes fand die Demonstration ihren Abschluß.

## Dr. Max Maurenbrecher †

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung (Für einen Teil der Leser wiederholt.)

Berlin, 2. Mai. Der frühere Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ und ehemalige Gesellschafter an der Dresdner Reformierten Kirche, Dr. Max Maurenbrecher, ist dieser Tage in Thüringen verstorben, wohin er sich nach Erregung seiner politischen Tätigkeit in Berlin auf eine Landpforte zurückgezogen hatte.

Max Maurenbrecher war am 17. Juli 1874 in Königsberg i. Pr. als Sohn des Distriktsrathes Wilhelm M. geboren. Er studierte Theologie, war dann kurze Zeit als Hilfslehrer am Realgymnasium in Juidau tätig, um sich schließlich ganz der politischen Wirksamkeit zuzuwenden. Er wurde Redakteur der „Hilfe“ und Generalsekretär der von Raumann begründeten „Nationalsozialistischen Vereinigung“. Als am 29. August 1908 der Vertretertag der Nationalsozialisten in Göttingen beschloß, die Partei aufzulösen und den Parteigenossen den Anschluß an die Freiwirtschaftliche Vereinigung zu empfehlen, trat er der Sozialdemokratischen Partei bei. Bei den Wahlen im Jahre 1907 kandidierte Maurenbrecher in Sorau-Nord für den Reichstag, unterlag aber dem nationalliberalen Gegenkandidaten. 1909 wurde er freireligiöser Prediger in Mannheim. Im Marzokkonflikt nahm er offene Stellung gegen die Partei. Im Juli 1918 trat er aus der Partei aus, „weil seine Stellung aus militärischen und außenpolitischen Fragen nicht übereinstimmte mit den Ideen der Sozialdemokratischen Partei.“ 1919 übernahm er ein Vikariat an der Reformierten Kirche in Dresden und wurde als deutschnationaler Abgeordneter in den Sächsischen Landtag gewählt. Sein Mandat legte er nieder, als er am 1. Januar 1921 die Hauptredaktion der „Deutschen Zeitung“ übernahm und sich in Berlin niederließ.